

Klimagerechtigkeit & Klimareparationen

Unser Verständnis von Klimareparationen: Ansatz und Position

Deutsche Version

[English Version below/ Englische Version unten]

Unsere Position

Als Organisation, die sich in Deutschland für Klimagerechtigkeit einsetzt, möchten wir benennen, wofür wir stehen und warum. Dieses Papier legt unsere politische Haltung zur Klimakrise, zu Klimareparationen sowie zu unserer eigenen Rolle dar. Es soll unsere Position transparent machen, gegenüber den Menschen und Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, gegenüber potenziellen Bündnispartner*innen und gegenüber allen, die verstehen möchten, wofür wir eintreten und worauf wir hinarbeiten.

Unser Ausgangspunkt

Die Klimakrise ist im Kern eine politische Krise. Sie wurzelt in Kolonialismus, fossil angetriebener Industrialisierung und einer globalen Wirtschaftsordnung, die auf Ausbeutung, Enteignung und ungleichem Austausch beruht. Diese Prozesse haben nicht nur die Emissionen verursacht, die den Klimawandel antreiben – sie erzeugen bis heute Ungleichheiten, die bestimmen, wer am stärksten von seinen Folgen betroffen und am wenigsten in der Lage ist sich anzupassen.^{1,10}

Die Länder des Globalen Nordens, darunter auch Deutschland, haben einen überproportional großen Anteil an den weltweit kumulierten Treibhausgasemissionen. Dies spiegelt historisch ungleiche Entwicklungs- und Industrialisierungsverläufe wider. Die mit hohen Emissionen verbundenen Modelle industriellen Wirtschaftswachstums sind tief in den sozioökonomischen Systemen verankert und prägen die politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Sie werden durch bestehende Institutionen und Infrastrukturen aufrechterhalten.^{3,6}

Die Auswirkungen der Klimakrise sind ungleich verteilt. Gemeinschaften im Globalen Süden, indigene Bevölkerungen und andere marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von klimabedingten Risiken betroffen. Dazu gehören Vertreibung, der Verlust von Land und Lebensgrundlagen sowie ein eingeschränkter Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten zur Anpassung.^{3,7,8}

Gerade diejenigen, die am wenigsten zu den kumulierten Treibhausgasemissionen beigetragen haben, tragen heute also die schwersten Folgen der Klimakrise. Gleichzeitig verfügen jene mit der größten historischen Verantwortung weiterhin über erheblichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Gestaltung der internationalen

Klimapolitik. Dieser Einfluss wird häufig genutzt, um ambitionierte Maßnahmen hinauszuzögern, Verantwortung abzuwälzen und die strukturellen Ursachen der Klimakrise zu entpolitisieren.^{9–11,18}

Die Klimakrise ist kein Zufall – sie ist das Ergebnis von Macht: davon, wer sie besitzt, wie sie entstanden ist und wie sie bis heute wirkt. Diese Machtverhältnisse bestimmen, wer Verantwortung trägt und wer verwundbar bleibt. Sie sind tief in den wirtschaftlichen und politischen Systemen verankert, die die heutige Klimapolitik prägen. Jeder Ansatz zur Bewältigung der Klimakrise, der diese Ausgangslage nicht anerkennt, bleibt hinter dem zurück, was echte Klimagerechtigkeit bedeutet.^{1,10–12,14}

Wofür wir stehen

Klimagerechtigkeit lässt sich nicht von Fragen nach Verantwortung, Macht und Ungleichheit trennen. Sie bedeutet weit mehr, als Emissionen zu reduzieren oder sich an ein verändertes Klima anzupassen – auch wenn beides unverzichtbar ist. Im Kern geht es darum, sich damit auseinanderzusetzen, wie die Klimakrise entstanden ist, wer sie verursacht hat und welche historischen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse ihre Folgen bis heute prägen. Daraus ergeben sich konkrete Verpflichtungen:

- **Historische und fortbestehende Verantwortung anzuerkennen**, anstatt die Klimakrise als eine Last zu behandeln, die gleichermaßen von denjenigen getragen werden soll, die sie verursacht haben, und von denen, die kaum zu ihr beigetragen haben. Die Emissionen – sowohl vergangene als auch gegenwärtige – unterscheiden sich erheblich zwischen Staaten und wirtschaftlichen Akteuren. Diese Unterschiede müssen sich auch in der Debatte über Verantwortung und klimapolitisches Handeln widerspiegeln.
- **Die kolonialen Kontinuitäten in den heutigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sichtbar zu machen und ihnen entgegenzutreten.** Handelsstrukturen, Verschuldung, Landrechte, Rohstoffausbeutung und politischer Einfluss bestimmen bis heute, wer besonders verwundbar gegenüber den Folgen der Klimakrise ist und wer über die Mittel verfügt, darauf zu reagieren.
- **Macht, Ressourcen, politischen Einfluss und Entscheidungsbefugnisse an diejenigen zu verlagern, die von der Klimakrise am stärksten betroffen sind** – nicht als Akt der Solidarität, sondern als Ausdruck einer bestehenden Verpflichtung.

Darüber hinaus verstehen wir die Klimakrise als untrennbar verbunden mit:

- erzwungener Vertreibung und Migration infolge von Umweltzerstörung und klimabedingten Gefahren;
- strukturellen Ungleichheiten, darunter Rassismus und den fortwirkenden Folgen des Kolonialismus, die darüber entscheiden, wessen Land ausgebeutet wird, welche Gemeinschaften geopfert werden und wessen Leid als hinnehmbar gilt – und die sich in einer tief ungleichen Wertschätzung menschlichen Lebens zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen niederschlagen;

- Militarisierung, Grenzregimen und der ungleichen Freiheit, sich über Grenzen hinweg zu bewegen – und damit der Frage, wer sich vor den Folgen der Klimakrise in Sicherheit bringen kann und wer nicht und

Ein umfassendes Verständnis von Klimagerechtigkeit setzt daher voraus, sich mit all diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen.

Die Grenzen der gegenwärtigen Klimapolitik

Die Klimakrise wird häufig als technisches oder verwaltungspolitisches Problem dargestellt. Tatsächlich ist sie jedoch ein zutiefst politisches Problem. Erkenntnisse aus der Politischen Ökologie sowie den Science and Technology Studies zeigen, dass sie im Kern von Fragen der Macht, der Verantwortung und der Verteilung geprägt ist. Die bisherigen politischen Antworten auf die Klimakrise spiegeln genau dieses Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen, wirtschaftlichen Interessen und institutioneller Trägheit wider.^{3,11,15,16}

Jahrzehntelange internationale Klimaverhandlungen haben zu einer Vielzahl von Abkommen und Selbstverpflichtungen geführt. Dennoch gelingt es ihnen bis heute nicht, die Lücke zwischen den formulierten Zielen und den tatsächlich erreichten Emissionsminderungen zu schließen. Ebenso wenig überbrücken sie die Kluft zwischen klimapolitischen Maßnahmen und den Anforderungen echter Klimagerechtigkeit. Zwar fordern diese Abkommen alle Staaten zum Handeln auf, doch der historisch ungleichen Verantwortung wird dabei nur unzureichend Rechnung getragen. Verantwortung wird infrage gestellt oder umgangen, die Stimmen der am stärksten Betroffenen bleiben unterrepräsentiert, und der Zugang zu Ressourcen sowie politischem Einfluss ist weiterhin tiefgreifend ungleich verteilt. Diese Perspektive prägt auch die vorgeschlagenen Lösungen. Wird der Klimawandel in erster Linie als Problem fossiler Energieträger verstanden, rückt in den Hintergrund, wer den Ausbau und die Ausbeutung fossiler Ressourcen vorangetrieben hat, wer davon profitiert hat und wer heute die Folgen trägt. Stattdessen verschiebt sich der Fokus auf technologische Innovationen und das Management von Emissionen – zulasten von Gerechtigkeit und tiefgreifendem strukturellem Wandel.^{6,11,14}

Deutschlands Aktivitäten verdeutlichen diese Dynamik besonders anschaulich. Obwohl sich das Land international als Vorreiter im Klimaschutz präsentiert, zeigt die Forschung, dass seine Klimapolitik fortlaufend zwischen klimapolitischen Verpflichtungen sowie wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen abwägt. Dadurch bleiben ambitionierte Ziele häufig hinter ihrer tatsächlichen Umsetzung zurück und werden nur unzureichend durch Maßnahmen ergänzt, die globale Ungleichheiten adressieren.^{3,10,11,17}

In ihrer Gesamtheit führen diese Dynamiken zu einer Klimapolitik, die vor allem Symptome verwaltet, anstatt die Ursachen der Krise anzugehen. Wirksames klimapolitisches Handeln erfordert deshalb mehr als Emissionsminderung und Anpassungsmaßnahmen. Es verlangt, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wer die Klimakrise verursacht hat, wer weiterhin von ihr profitiert und wer die Kosten trägt. Die Lücke zwischen dem, was notwendig wäre, und dem, was politisch umgesetzt wird, ist keine Frage fehlender Möglichkeiten – sie ist Ausdruck mangelnden politischen Willens. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich

Klimareparationen als logische Konsequenz: nicht als zusätzliche politische Forderung, sondern als ein Rahmen, um Verantwortung anzuerkennen, entstandenen Schaden zu reparieren und den notwendigen strukturellen Wandel voranzutreiben.^{3,11,12}

Warum Klimareparationen?

Klimareparationen sind weder eine radikale Forderung noch in erster Linie ein moralischer Appell. Sie sind die logische Konsequenz daraus, Verantwortung ernst zu nehmen – also die Frage danach, wer den Schaden verursacht hat und wer seine Folgen trägt, konsequent bis zu ihrem praktischen Schluss zu denken. Der Grundsatz, dass diejenigen, die Schaden verursachen, den Betroffenen gegenüber Verantwortung tragen, ist ein grundlegendes Prinzip des Rechts und politischen Handelns. Auf die Klimakrise übertragen bedeutet das: Diejenigen, die am meisten zu den Treibhausgasemissionen beigetragen und am stärksten von einer auf fossilen Energieträgern basierenden Entwicklung profitiert haben, tragen eine überproportionale Verantwortung, auf die Krise zu reagieren – materiell, strukturell und politisch, nicht durch freiwillige Gesten.

Diese ungleiche Verteilung von Verantwortung ist kein Zufall. Sie ist tief in den historischen Prozessen des Kolonialismus und der ungleichen Industrialisierung verwurzelt. Über lange Zeit konnten Teile des Globalen Nordens Wohlstand aufbauen, indem sie Ressourcen, Arbeitskraft und ökologische Kapazitäten aus kolonisierten Regionen ausbeuteten. Diese Muster prägen bis heute sowohl die Verteilung der Emissionen als auch die Verwundbarkeit gegenüber den Folgen der Klimakrise. Das Konzept des „**Fair Share**“ knüpft genau daran an: Gerechte Klimapolitik muss sowohl die historische Verantwortung als auch die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Staaten berücksichtigen.

Klimareparationen sind keine Wohltätigkeit. Sie sind Verpflichtungen, die sich aus tatsächlich entstandenen und gut dokumentiertem Schaden ergeben. Der politische Rückhalt für reparative Ansätze wächst – insbesondere unter klimavulnerablen Staaten und sozialen Bewegungen im Globalen Süden. Doch die zunehmende Anerkennung dieser Forderungen hat bislang kaum zu konkretem Handeln geführt. In Deutschland und weiten Teilen des Globalen Nordens wird die öffentliche Debatte weiterhin vor allem von Fragen technologischer Innovation, wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und nationaler Kosten bestimmt. Die entscheidende Frage – wer den Schaden verursacht hat und wer wem gegenüber welche Verantwortung trägt – bleibt dagegen weitgehend ausgeklammert.

Gleichzeitig sind es die am stärksten betroffenen Gemeinschaften – insbesondere im Globalen Süden und unter indigenen Bevölkerungen –, die mit immer größeren Verlusten und Schäden konfrontiert werden. Ihnen fehlen nach wie vor ausreichende finanzielle Mittel, politischer Einfluss und Schutz vor den ausbeuterischen Strukturen, die die Klimakrise überhaupt erst hervorgebracht haben.

Die Kluft zwischen dem, was geschuldet wird, und dem, was politisch tatsächlich geleistet wird, ist kein technisches Problem. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen – eine Frage von Macht und politischem Willen. Diese Diskrepanz sichtbar zu machen und politisch anfechtbar zu machen, ist deshalb ein zentraler Bestandteil der Kämpfe für Klimagerechtigkeit.

Unsere Arbeit zielt darauf ab, genau hier anzusetzen: Wir wollen das Verständnis von Klimaverantwortung verändern – weg von einer ausschließlich zukunftsorientierten Debatte über Innovation und technologische Lösungen, hin zu einem historisch fundierten Verständnis von Verantwortung, Rechenschaft und Wiedergutmachung.

Unsere Rolle & die damit verbundenen Spannungen

Wir verstehen unsere Arbeit als einen fortlaufenden und selbstkritischen Prozess – einen Prozess, der von uns verlangt, unsere eigene Position und unsere eigene Praxis kontinuierlich zu hinterfragen

Als Organisation mit Sitz in Deutschland sind wir Teil genau jener Strukturen, die wir zu verändern versuchen. Wir haben Zugang zu Ressourcen, öffentlicher Sichtbarkeit und politischen Räumen, die durch historische und bis heute bestehende Ungleichheiten geprägt sind – Zugänge, die den am stärksten betroffenen Menschen und Gemeinschaften nicht gleichermaßen offenstehen. Wir stehen nicht außerhalb dieser Strukturen. Wir profitieren von ihnen auf eine Weise, die nicht immer sichtbar oder angenehm anzuerkennen ist.

Diese Dynamiken zeigen sich auch innerhalb unserer eigenen Organisation. Wer beteiligt ist, wessen Perspektiven im Mittelpunkt stehen und wie Entscheidungen getroffen werden, spiegelt größere gesellschaftliche Muster von Marginalisierung und Privilegien wider. Wir arbeiten daran, diese Muster zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken – nicht als etwas, das einmal abschließend gelöst werden kann, sondern als eine dauerhafte Verpflichtung.

Wir sind eine vielfältige Gruppe, die durch unterschiedliche Hintergründe, Erfahrungen und persönliche Bezüge zu diesen Fragen geprägt ist. Nicht alle Menschen kommen aus derselben Ausgangslage zu dieser Arbeit, und daraus entstehen reale Unterschiede, Spannungen und Widersprüche. Wir bemühen uns, mit diesen ehrlich umzugehen und sie als Teil eines kontinuierlichen Lernprozesses anzunehmen.

Wir verstehen eine machtkritische, antirassistische und dekoloniale Perspektive nicht als zusätzliche Ebene unserer Arbeit, sondern als grundlegende Voraussetzung dafür, wie wir eine glaubwürdige und wirkungsvolle Arbeit für Klimagerechtigkeit leisten wollen.

Was wir tun & wie wir arbeiten

Transformative Veränderung erfordert gleichzeitige Verschiebungen in drei miteinander verbundenen Bereichen: in den Erzählungen und gesellschaftlichen Deutungsmustern, die bestimmen, was politisch möglich erscheint; im Wissen und in den Fähigkeiten, die es mehr Akteur*innen ermöglichen, sich mit strukturellen Ansätzen auseinanderzusetzen; sowie in der kollektiven Macht, die notwendig ist, um Institutionen und Systeme zu verändern.

Erzählungen und öffentlicher Diskurs

Die vorherrschende Darstellung der Klimakrise als primär technische und verwaltungspolitische Herausforderung kann die zugrunde liegenden politischen Dimensionen verdecken – insbesondere Fragen nach Verantwortung, Verteilung und

strukturellem Wandel. Solche Perspektiven stellen häufig Innovation und technologische Lösungen über Verantwortungsübernahme und grundlegende Veränderungen bestehender Systeme.

Vor diesem Hintergrund möchten wir zu einer breiteren öffentlichen Debatte beitragen, indem wir Fragen historischer Verantwortung sichtbar machen – insbesondere im Zusammenhang mit Deutschlands Rolle bei globalen Emissionen und in der internationalen Klimapolitik.

Wir setzen uns kritisch mit Ansätzen auseinander, die marktbasierende Mechanismen und technologische Innovationen allein als ausreichende Antworten auf die Klimakrise betrachten. Gleichzeitig möchten wir Diskussionen über Klimareparationen – ihre Begründung, ihre Bedeutung und die daraus entstehenden Anforderungen – stärker in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Dabei geht es nicht nur darum, infrage zu stellen, was gesagt wird, sondern auch darum zu verändern, was überhaupt als möglich gilt:

Denn unsere Narrative prägen, was wir uns vorstellen können – und das, was wir uns vorstellen können, beeinflusst, was wir verändern können.

Wissen, Bildung und Räume für Reflexion

Strukturelle und reparative Ansätze zur Bewältigung der Klimakrise, die Klimawandel, Machtverhältnisse, Kolonialismus und Gerechtigkeit miteinander verbinden, stehen weiterhin am Rand der etablierten politischen, medialen und bildungsbezogenen Debatten. Dadurch wird eingeschränkt, wer sich mit diesen Perspektiven auseinandersetzen kann und auf welche Weise dies geschieht.

Wir schaffen und unterstützen Räume für Austausch und gemeinsames Lernen, in denen Aktivist*innen, Forschende, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschen mit unmittelbaren Erfahrungen von klimabedingten Auswirkungen zusammenkommen können.

Diese Räume dienen nicht in erster Linie dem Anliegen, unser Wissen weiterzugeben. Sie sind Orte der Reflexion, des kritischen Denkens und des gemeinsamen Verständnisses dafür, warum Klimareparationen notwendig sind. Damit schaffen sie die Voraussetzungen dafür, Perspektiven zu verändern und reparative Ansätze stärker als Bestandteil des Verständnisses von Klimagerechtigkeit zu verankern.

Netzwerke, Solidarität und kollektive Macht

Klimareparationen benötigen kollektive Stärke. Keine einzelne Organisation, kein einzelnes Netzwerk und keine einzelne Kampagne wird dafür ausreichen. Notwendig ist eine langfristige, breit getragene und tatsächlich gemeinschaftliche politische Arbeit über verschiedene Bewegungen, Regionen und Kämpfe hinweg.

Wir möchten langfristige, auf Vertrauen basierende Beziehungen mit Partner*innen in Deutschland und weltweit aufbauen – insbesondere mit Akteur*innen aus dem Globalen Süden, mit antirassistischen und dekolonialen Bewegungen sowie mit anderen Gruppen,

die sich für Gerechtigkeit einsetzen und deren Erfahrungen, Analysen und politische Führung für diese Arbeit unverzichtbar sind.

Unser Ziel ist nicht nur der Austausch von Ideen. Wir möchten eine tatsächliche gemeinsame Grundlage schaffen – auf Basis geteilter Ziele und Strategien – und zu einem breiten Netzwerk von Akteur*innen beitragen, die Klimareparationen als ernsthaftes politisches Vorhaben verstehen und vorantreiben.

Organisatorische Praxis

Wie wir intern arbeiten, ist untrennbar mit dem verbunden, worauf wir hinarbeiten. Wir reflektieren kontinuierlich unsere eigene Rolle, unsere Privilegien und unsere Position. Dabei erkennen wir an, dass Machtverhältnisse, die wir außerhalb unserer Organisation hinterfragen und verändern wollen, auch in unseren eigenen Strukturen vorhanden sind.

Auf gerechtere, partizipativere und machtsensiblere Formen der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, ist daher ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Arbeit.

Worauf wir hinarbeiten

Wir möchten dazu beitragen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Klimareparationen in Deutschland als zentraler und notwendiger Bestandteil von Klimagerechtigkeit verstanden werden – nicht als Randforderung, sondern als politische Realität, die in öffentlichen Debatten, in sozialen Bewegungen und in politischen Entscheidungen ernst genommen wird.

Das bedeutet, die Grenzen dessen zu verschieben, was politisch als möglich betrachtet wird: weg von einer Perspektive, die die Klimakrise vor allem als gemeinsames technisches Problem versteht, hin zu einem Ansatz, der historische Verantwortung, strukturelle Ungleichheit und die Verpflichtung zur Wiedergutmachung in den Mittelpunkt stellt.

Es bedeutet ein Deutschland, das verbindliche Verpflichtungen erfüllt statt sich auf freiwillige Zusagen zu beschränken; das seine historische Rolle ehrlich anerkennt; und das sicherstellt, dass diejenigen, die am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, tatsächlichen Einfluss auf die Entscheidungen haben, die ihre Zukunft bestimmen.

Dies ist ein langfristiger Kampf. Er erfordert anhaltenden Druck, gemeinschaftliche Organisation und Ehrlichkeit – sowohl hinsichtlich des Ausmaßes der notwendigen Veränderungen als auch hinsichtlich unserer eigenen Position innerhalb jener Strukturen, die weiterhin Schaden verursachen.

Unsere Arbeit ist Teil eines größeren Kampfes für Gerechtigkeit, Umverteilung, Wiedergutmachung und gesellschaftliche Transformation – eines Kampfes, in dem Klimareparationen keine Fußnote darstellen, sondern der Maßstab dafür sind, ob Klimagerechtigkeit überhaupt eine tatsächliche Bedeutung hat.

Wir glauben daran, dass eine andere Welt möglich ist: eine Welt, in der Verantwortung mit Wiedergutmachung beantwortet wird statt mit Verleugnung; in der diejenigen, die die größten Kosten der Klimakrise getragen haben, echte Macht über die Gestaltung ihrer

Lösungen besitzen; und in der Solidarität – nicht Aufopferung – die Grundlage für klimapolitisches Handeln bildet.

Dorthin zu gelangen bedeutet, Verbindungen zwischen sozialen Bewegungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aufzubauen; Räume für kritischen Austausch und gemeinsames Lernen zu schaffen; und eine Klimapolitik zu gestalten, die nicht dieselben Ungleichheiten reproduziert, die sie eigentlich überwinden möchte.

Dies wird nicht automatisch geschehen. Es hängt von kontinuierlicher gemeinsamer Anstrengung ab – von der Arbeit an einer Zukunft, die gerechter und lebenswerter für alle Menschen ist.

Climate Justice & Climate Reparations

Our understanding of Climate reparations: Approach and Position

English Version

[German Version above/ Deutsche Version oben]

Our Position

As an organization working on climate justice in Germany, we want to be clear about what we stand for and why. This text sets out our political position on the climate crisis, on reparations, and on our own role. It is intended to make that position transparent: to those we work with, those we seek to build alliances with, and those who want to understand where we stand and what we are working toward.

Our Starting Point

The climate crisis is fundamentally a political crisis. It stems from colonialism, fossil fuel-driven industrialization and a global economic order built on extraction, dispossession, and unequal exchange. These processes did not just drive the emissions causing climate change – they continue to produce the inequalities that determine who is most exposed to its impact and least able to adapt.^{1,2}

Countries in the Global North, including Germany, have contributed disproportionately to cumulative greenhouse gas emissions, reflecting historically uneven paths of industrialization and development. These emissions-intensive growth paths are embedded in socio-economic systems that still shape today's political economies, sustained through institutional and infrastructural lock-in.³⁻⁶

The impacts of climate change are unevenly distributed. Communities in the Global South, Indigenous Peoples, and other marginalized groups are disproportionately affected by climate-related risks, including displacement, loss of land and livelihoods, and reduced access to resources and adaptive capacities.^{3,7,8}

Those who have contributed least to cumulative greenhouse gas emissions are disproportionately affected by climate impacts, while those with the greatest historical responsibility continue to hold significant political and economic power in shaping climate responses. This power is frequently used in ways that delay ambitious action, shift responsibility, and depoliticize the structural causes of the climate crisis.^{4,9-11}

The climate crisis is not a matter of chance – it is the result of power: who holds it, how it was built, and how it continues to work. These power relations shape who bears

responsibility and who is left vulnerable, and they remain embedded in economic and political systems that structure climate governance today. Any response to the climate crisis that fails to start from this recognition will fall short of what meaningful climate justice truly is.^{1,11–14}

What We Stand For

Climate justice cannot be separated from questions of responsibility, power, and inequality. It is not simply about cutting emissions or adapting to a changing climate – though both matter. It is fundamentally about confronting how the crisis was created, who created it, and examining the historical, political, and economic processes that continue to shape its consequences, and what obligations follow from that.

For us, this means three things:

- Acknowledging historical and ongoing responsibility, rather than treating the crisis as a burden to be shared equally between those who caused it and those who did not. Emissions, past and present, differ substantially between countries and economic actors, and that difference should be reflected in discussions of responsibility and climate action;
- Confronting the colonial continuities that shape today's economic and political relations – trade, debt, land rights, resource extraction and political influence – which continue to determine who is vulnerable to climate impacts and who has the capacity to respond;
- Shifting power, resources, political influence, and decision-making toward those most affected – not as solidarity, but as obligation.

We further understand the climate crisis as closely interconnected with:

- forced displacement and migration driven by environmental degradation and climate-related hazards;
- structural inequalities, including racism and the legacies of colonialism that determine whose land is exploited, whose communities are sacrificed and whose suffering is considered acceptable;
- militarization, border regimes, and the unequal freedom of movement that determine who can escape harm and who cannot;
- and the deeply unequal value placed on human lives across different regions and populations.

A meaningful and holistic understanding of climate justice therefore requires engaging with these realities.

The Limits of Current Climate Policy

The climate crisis is often framed as a technical and managerial problem. In reality, it is political – scholarship in political ecology and science and technology studies show it is

fundamentally about power, responsibility and distribution. Current political responses reveal exactly that tension between scientific knowledge, economic interests, and institutional inertia.^{3,11,15,16}

Decades of international climate negotiations have produced agreements and pledges that consistently fail to close the gap between stated goals and actual emissions reductions, as well as between mitigation efforts and the demands of climate justice. These agreements call on all countries to act while giving little weight to unequal historical responsibility: accountability is contested or avoided, the voices of those most affected remain underrepresented and access to resources and political influence stays deeply unequal. This framing shapes the solutions on offer. When climate change is presented mainly as a fossil-fuel problem, less attention goes to who drove fossil-fuel extraction, who benefited, and who bears the consequences — and the focus shifts toward technological innovation and emissions management rather than justice and structural change.^{6,11,14}

Germany illustrates this: it presents itself as a climate leader, but research shows its climate policy consistently balances commitments against economic and geopolitical interests, so ambitious goals aren't matched by implementation or by measures addressing global inequality.^{3,10,11,17}

Taken together, these dynamics produce a politic that manages symptoms rather than addressing root causes. Meaningful climate action requires more than mitigation and adaptation — it requires confronting who caused the crisis, who continues to benefit, and who bears the cost. The gap between what's needed and what's done is not about capacity; it's about political will. Climate reparations follow from this: not an additional demand, but a framework for confronting responsibility, repairing harm, and driving structural transformation.^{3,11,12}

Why Climate Reparations

Climate reparations are not a radical demand, and they are not primarily a moral appeal. They are the logical outcome of taking responsibility seriously – of following the argument about who caused the harm and who bears its consequences to its practical conclusion. The principle that those who cause harm owe a response to those affected is basic to law and political practice. Applied to the climate crisis: those who have contributed most to emissions, and benefited most from fossil-fueled development, bear a disproportionate responsibility to respond – materially, structurally and politically, not through voluntary gestures. This unequal distribution of responsibility is not accidental. It is deeply rooted in historical processes of colonialism and unequal industrialization, which let parts of the Global North accumulate wealth by extracting resources, labor, and ecological capacity from colonized regions – patterns that still shape today's emissions and vulnerability. The idea of “fair share” builds on this: equitable climate action, has to account both historical responsibility and differentiated capacities to act.

Climate reparations are not charity. They are obligations owed in response to real documented harm. The political momentum behind reparative approaches is growing

among climate-vulnerable nations and movements across the Global South. But recognition has not translated into action. In Germany and much of the Global North, public debate keeps framing climate policy around technology, competitiveness and domestic costs – avoiding the question of who caused the harm and who owes what to whom. Meanwhile the communities hit hardest – especially in the Global South and among indigenous peoples – keep facing escalating loss and damage with too few resources, too little political voice, and continued exposure to the extractive systems that created the crisis in the first place.

The gap between what is owed and what is politically delivered is not a technical problem. It is a political choice, a question of power and will – and making that gap visible and contestable is central to climate justice struggles. We work to make it a different choice: shifting how climate responsibility is understood, from a forward-looking question of innovation alone to a historically grounded question of accountability and repair.

Our Role & and Its Tensions

We approach this work as an ongoing and self-reflective process — one that requires us to continuously examine our own position and practice.

As an organization based in Germany, we are part of the same structures we seek to challenge. We have access to resources, visibility, and political spaces that are shaped by historical and ongoing inequalities – access that is not equally available to those most affected. We are not outside these structures. We benefit from them in ways that are not always visible or comfortable to acknowledge.

These dynamics are present within our own organization. Who takes part, whose perspectives are centered, and how decisions are made all reflect broader patterns of marginalization and privilege. We work to recognize and challenge this – not as something to resolve once but as an ongoing commitment.

We are a diverse group, shaped by different backgrounds, experiences, and relationships to these questions. Not everyone comes to this work from the same starting point, and that creates real differences, tensions and contradictions. We try to engage with these honestly as part of a continued learning process.

We understand a power-critical, anti-racist, and decolonial perspective not as an additional layer to our work, but as fundamental to how we aspire to do meaningful work toward credible climate justice.

What We Do & How we Work

Transformative change requires simultaneous shifts across three interconnected dimensions: in the narratives and framings that shape what feels politically possible; in the knowledge and capacity that enable more actors to engage with structural approaches; and in the collective power needed to change institutions and systems.

Narratives and public discourse

The dominant framing of the climate crisis as primarily a technical and managerial challenge can obscure the underlying political dimensions, including questions of responsibility, distribution, and structural change. Such framings often prioritize innovation and technological solutions over accountability and systemic transformation.

In this context, we aim to contribute to broader public debate by making questions of historical responsibility more visible, particularly in relation to Germany's role in global emissions and climate governance. We critically engage with approaches that treat market-based mechanisms and technological innovation as sufficient responses on their own, and we seek to bring discussions on climate reparations — their rationale, implications, and requirements — more firmly into public discourse.

This means not just challenging what is said, but shifting what is considered possible: Because narratives shape what we can imagine, and what we can imagine shapes what we can change.

Knowledge, Education, and Spaces for Reflection

Structural and reparative approaches to the climate crisis which connect climate change, power, colonialism and justice remain on the margins of mainstream policy, media and education— which limits who can engage with them and how. We create and support spaces for exchange and learning that bring together activists, researchers, civil society organizations and people with direct experience of climate related impact. These spaces are not primarily about sharing information. They are about reflection, critical thinking, and building a shared understanding of why climate reparations are necessary — creating the conditions for perspectives to shift and for reparative approaches to become part of how more people think about climate justice.

Networks, solidarity, and collective power.

Climate reparations require collective power. No single organization, network or campaign will be enough – what is needed is sustained, broad, and genuinely collaborative political work across movements, geographies, and struggles. We aim to build long-term, trust-based relationships with partners within Germany and globally — particularly Global South-based, anti-racist & decolonial actors, and other justice-oriented groups whose experience, analysis, and political leadership are central to this work. We seek not only to exchange ideas but to build real common ground around shared goals and strategies and to contribute to a broad network of actors committed to climate reparations as a serious political project.

Organizational practice

How we work internally is inseparable from what we work toward. We continuously reflect on our own role, privilege, and position, recognizing that power dynamics we seek to challenge externally are also present in our own structures. Working toward more equitable, participatory, and power-aware forms of collaboration is an essential part to our political work.

What We Are Working Toward

We want to contribute to conditions in which climate reparations are understood as a central and necessary element of climate justice in Germany- not a fringe demand but a political reality taken seriously in public debate and activism and reflected in policy.

This means shifting what is considered politically possible: from a discourse that treats the climate crisis as a shared technical problem toward one that puts historical responsibility, structural inequality, and the obligation to repair at its center. It means a Germany that meets binding commitments rather than voluntary pledges, accounts honestly for its historical role, and ensures that those most affected by climate impacts have real influence over the decisions that shape their futures.

This is a long-term struggle. It requires sustained pressure, collective organizing and honesty - about the scale of what needs to change, and about our own position within the structures that continue to cause harm. Our work is part of a broader struggle for justice, redistribution, repair, and transformation - one in which climate reparations are not a footnote, but the measure of whether climate justice means anything at all.

We believe a different world is possible: one in which responsibility is met with repair rather than denial, in which those who have borne the costs of the crisis hold real power over its solutions, and in which solidarity, not sacrifice, becomes the foundation of climate action. Getting there means building connections between social movements, academia, and civil society; creating spaces for critical exchange and learning, and shaping a climate politics that doesn't reproduce the same inequalities it claims to fix. This won't happen automatically - it depends on sustained collective effort, toward a future that is more just and livable for everyone.

References:

1. Bhambra, G. K. & Newell, P. More than a metaphor: 'climate colonialism' in perspective. *Glob. Soc. Chall. J.* **2**, 179–187 (2023).
2. Intergovernmental Panel On Climate Change (Ipcc). *Climate Change 2022 – Impacts, Adaptation and Vulnerability: Working Group II Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. (Cambridge University Press, 2023). doi:10.1017/9781009325844.
3. *Climate Change 2022 - Mitigation of Climate Change: Working Group III Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. (Cambridge University Press, 2023). doi:10.1017/9781009157926.
4. Andrew, R. M. & Peters, G. P. The Global Carbon Project's fossil CO₂ emissions dataset. Zenodo <https://doi.org/10.5281/ZENODO.17417124> (2025).
5. Unruh, G. C. Understanding carbon lock-in. *Energy Policy* **28**, 817–830 (2000).
6. Garcier, R. J. Andreas Malm Fossil Capital: The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming Londres, Verso, 2016, 496 p. *Ann. Hist. Sci. Soc.* **72**, 484–487 (2017).
7. Scheidel, A. et al. Global impacts of extractive and industrial development projects on Indigenous Peoples' lifeways, lands, and rights. *Sci. Adv.* **9**, eade9557 (2023).
8. United Nations Framework Convention on Climate Change. *United Nations Framework Convention on Climate Change*. (1992).
9. Sherry, T. W. Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming.— Naomi Oreskes , Erik M. Conway . 2010. Blooms-bury Press, New York, New York . 355 pp. ISBN: 978-1-59691-610-4 . Hard, \$27.00. *The Auk* **128**, 435–436 (2011).
10. Intergovernmental Panel On Climate Change (Ipcc). *Climate Change 2022 – Impacts, Adaptation and Vulnerability: Working Group II Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. (Cambridge University Press, 2023). doi:10.1017/9781009325844.
11. Newell, P. *Power Shift: The Global Political Economy of Energy Transitions*. (Cambridge University Press, 2021). doi:10.1017/9781108966184.

12. Hickel, J. Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. *Lancet Planet. Health* **4**, e399–e404 (2020).
13. Intergovernmental Panel On Climate Change (Ipcc). *Climate Change 2022 – Impacts, Adaptation and Vulnerability: Working Group II Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. (Cambridge University Press, 2023). doi:10.1017/9781009325844.
14. Sultana, F. The unbearable heaviness of climate coloniality. *Polit. Geogr.* **99**, 102638 (2022).
15. Hulme, M. *Why We Disagree about Climate Change: Understanding Controversy, Inaction and Opportunity*. (Cambridge University Press, 2009). doi:10.1017/CBO9780511841200.
16. Jasanoff, S. A New Climate for Society. *Theory Cult. Soc.* **27**, 233–253 (2010).
17. United Nations Environment Programme et al. *Emissions Gap Report 2024: No More Hot Air ... Please! With a Massive Gap between Rhetoric and Reality, Countries Draft New Climate Commitments*. (United Nations Environment Programme, 2024). doi:10.59117/20.500.11822/46404.
18. Andrew, R. M. A comparison of estimates of global carbon dioxide emissions from fossil carbon sources. *Earth Syst. Sci. Data* **12**, 1437–1465 (2020).